

Freihandel: CETA stoppen!

In Freihandelsverträgen sind sie längst Standard: Schiedsgerichte, vor denen Investoren gegen Staaten klagen können, wenn sie ihre Rechte verletzt sehen. Über Jahrzehnte ist so eine intransparente und teure globale Paralleljustiz entstanden. Sie bevorteilt Konzerne und setzt Demokratie sowie Rechtsstaaten unter Druck. Großkanzleien und Unternehmen füllt sie die Taschen.

Das geplante Abkommen CETA zwischen Kanada und der Europäischen Union soll nun angeblich alles besser machen. Die EU-Kommission verspricht klarere Regeln, eindeutigeren Rechtsbegriffe, transparentere Prozesse, eine bessere Auswahl der Schiedsrichter.

Schaut man aber genauer hin, so bleibt davon nicht viel übrig: Nach wie vor genießen ausländische Investoren Sonderrechte gegenüber inländi-

schen. Nach wie vor können reguläre Gerichte umgangen werden. Nach wie vor dürfen Schiedsgerichte demokratische Rechte und soziale Standards infrage stellen. Nach wie vor sind die entscheidenden Rechtsbegriffe schwammig.

Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, wollen Kommission und Europäisches Parlament CETA möglichst rasch „vorläufig“ in Kraft setzen. Die nationalen Parlamente sollen später darüber abstimmen – wenn überhaupt. Diese Vorläufigkeit schafft Fakten: Kein Parlament wird nachträglich „Nein“ sagen. Und falls doch, so können Investoren ihre fragwürdigen Privilegien dennoch über Jahre ohne Einschränkung nutzen.

Am 23. April demonstriert ver.di gemeinsam mit anderen in Hannover für einen fairen Welthandel. Eine unserer Forderungen: CETA stoppen!

